



<https://biz.li/35hu>

# SPD: "CDU/CSU VERWEIGERT PRAKTIKABLE REGELUNG FÜR GENTECHNIK-ANBAUVERBOTE"

Veröffentlicht am 18.05.2017 um 19:44 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Die CDU/CSU verweigert den notwendigen Nachbesserungen ihre Zustimmung. Kompromissvorschläge, die die Regelung für Gentechnik-Anbauverbote praktikabel gemacht hätten, sind von den Forschungspolitikern der CDU/CSU gestoppt worden. Dabei ist die Forschung von den Anbauverbotsregelungen gar nicht betroffen", geben Ute Vogt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Elvira Drobinski-Weiß, zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion, am heutigen Donnerstag in einer Pressemitteilung bekannt. Die SPD-Fraktion setze sich dafür ein, dass die Äcker in Deutschland weiterhin gentechnikfrei bleiben. "Dafür brauchen wir eine einfache rechtssichere Regelung für bundesweite Gentechnikanbauverbote. Der Gentechnikgesetzentwurf erfüllt diese Anforderungen nicht. Immer wieder haben dies auch die Bundesländer erklärt. Ohne Änderungen kann dieser Gesetzentwurf nicht verabschiedet werden", so die Sozialdemokraten. Sie ergänzen: "Doch die CDU/CSU verweigerte die notwendigen Nachbesserungen. Dabei ging es unter anderem um die Streichung der komplizierten und überflüssigen Einvernehmensregelung zwischen mehreren Bundesministerien, die dringend notwendige Stärkung der Verantwortung des Bundes, die zwischen Bund und Ländern geklärt hätte, wer wann wie tätig wird, und um die Begründungsmöglichkeiten für Gentechnikanbauverbote. Nicht tragbar war für uns auch, dass in der Gesetzesbegründung dem bewährten Vorsorgeprinzip ein sogenanntes Innovationsprinzip zur Seite gestellt wurde. Für die SPD hat aber das Vorsorgeprinzip oberste Priorität. Besser vorläufig keine Gesetzesnovelle als eine schlechte. In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns erneut für eine Regelung einsetzen, die die auf EU-Ebene mit dem sogenannten 'Opt out' geschaffene Möglichkeit, den Anbau von genveränderten Pflanzen national zu verbieten, einfach und rechtssicher für bundesweit einheitliche Verbote nutzbar macht."